BRIEF AUS BERLIN

CSU LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

NR. 08| 11.04.2014 | AUSGABE A

Bundeshaushalt 2014

Keine neue Schulden mehr

Der eingeschlagene Weg zum verschuldungsfreien Bundeshaushalt ist historisch und eine Zäsur. In der Debatte zum Etat des Bundeskanzleramtes am Donnerstag erklärte Bundeskanzlerin Angela Merkel, jetzt liege der erste Haushalt ohne neue Schulden seit 1969 in greifbarer Nähe. CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt lobte den Haushalt als „großartige Leistung".

Foto: Tobias Koch

„Die Union ist die Partei, die für die kommenden Generationen sorgt, weil sie ein Anrecht auf eine Zukunft ohne Altlasten haben", so Gerda Hasselfeldt.

„Das sind nicht einfach Zahlen, sondern das ist nicht mehr und nicht weniger als die Einlösung eines Versprechens an kommende Generationen, einmal mit dem auszukommen, was in die Steuerkassen hereinkommt, einmal nicht auf Kosten der Zukunft zu leben", so Kanzlerin Merkel im Plenum. Sie wies aber auch auf Risiken hin: Die europäische Schuldenkrise sei nach wie vor nicht überwunden und die weltweite Entwicklung fragil. Neue Unsicherheiten wie die „illegale, völkerrechtswidrige Annexion der Krim" seien in den letzten Wochen hinzugekommen. Zugleich würdigte die Regierungschefin die wirtschaftliche Entwicklung. Deutschland gehöre zweifellos zu den Gewinnern der Globalisierung, „weil wir eine wettbewerbsfähige Industrie und weil wir einen sehr starken Mittelstand haben".

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt lobte in der Generalaussprache den Konsolidierungskurs der Bundesregierung als „großartige Leistung". Die Vorlage eines strukturell ausgeglichenen Haushaltes für 2014 und eines Haushaltes ohne Neuverschuldung für 2015 markiere einen „historischen Wendepunkt in der Haushaltspolitik".

Historischer Wendepunkt in der Haushaltspolitik

2005 habe man eine hohe Arbeitslosigkeit und eine hohe Verschuldung als Erbe von Rot-Grün angetreten. Durch Strukturreformen und solide Haushaltspolitik sei man besser aus der Krise herausgekommen, als Deutschland hineingegangen ist. „Wir haben eine Stabilitätskultur entwickelt, die nicht nur die Schuldenbremse erfüllt, sondern auch Spielräume für die junge Generation eröffnet. Die Union ist die Partei, die für die kommenden Generationen sorgt, weil sie ein Anrecht auf eine Zukunft ohne Altlasten haben", so Hasselfeldt. „Der Haushaltsentwurf ist die beste Grundlage, dass es den Menschen 2017 noch besser geht als heute."

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche hat sich der Bundestag mit dem Haushalt für 2014 und dem Finanzplan bis 2018 befasst.

Mit der niedrigsten Neuverschuldung seit 40 Jahren beweist die Union, dass sie der Garant für solide Staatsfinanzen ist. Der Bundeshaushalt 2014 ist mit einer Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro in diesem Jahr bereits strukturell ausgeglichen: Bereinigt um kurzfristige Konjunktureinflüsse und Einmaleffekte wie die Einzahlung von 4,2 Milliarden Euro in den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM ergibt sich eine sogenannte „schwarze Null". Die heißt nicht nur so, weil ein kleiner Überschuss möglich ist. „Schwarz" ist dieser Erfolg auch deshalb, weil er ohne die Regierungsbeteiligung der Union nicht denkbar ist.

2015 nimmt der Bund dann erstmals seit 1969 unter dem damaligen Finanzminister Franz Josef Strauß keine neuen Schulden mehr auf – ein historischer Wendepunkt in der Haushaltspolitik unseres Landes. Wir geben nicht mehr Geld aus, als wir einnehmen, und investieren gleichzeitig in die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen. Das ist Ausdruck langfristig angelegter, generationengerechter Politik, denn auch für die Folgejahre soll es keine neuen Schulden mehr geben.

Wir haben damit in Deutschland eine Stabilitätskultur etabliert, die nicht nur die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt, sondern auch Gestaltungsspielräume für die Zukunft unserer Kinder und Enkel eröffnet. Mit diesem Erfolgsmodell einer generationengerechten Haushaltspolitik werden wir wieder zum Vorbild in Europa und der Welt – und das ist gut so.

Gerda Hasselfeldt

Gerda Hasselfeldt MdB
Vorsitzende der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Landesgruppenoffene Sitzung zum Thema „Sterbehilfe“

Dem kommerziellen Handel mit dem Tod Einhalt gebieten

Bei einer ersten landesgruppenoffenen Sitzung haben sich die Mitglieder der CSU-Landesgruppe über rechtliche Fragen rund um das Thema „Sterbehilfe“ ausgetauscht. Der rechtspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Michael Frieser, informierte sowohl über die rechtliche Lage in Deutschland als auch über die in einigen europäischen Nachbarländern.

Anhand von anschaulichen Fallbeispielen wurden die strafrechtlichen Unterschiede von der Tötung auf Verlangen bis hin zur passiven Sterbehilfe im Falle eines Behandlungsabbruchs aufgezeigt.

„Sterbehilfe bewege sich dabei immer zwischen den Polen der individuellen Selbstbestimmung und dem absoluten Lebensschutz.“ Durch einen Vergleich mit der Situation in den Niederlanden und in Belgien wurde schnell deutlich, welches Ausmaß eine zu liberale Gesetzgebung haben kann. Seit der Liberalisierung der Sterbehilfe in beiden Ländern sind die Fallzahlen dort drastisch angestiegen, beispielsweise in Belgien von 235 Fällen im Jahr 2003 auf 1.432 Fälle im Jahr 2012. Eine weitere Informationsveranstaltung zum Thema Sterbehilfe ist bereits für den kommenden Juni geplant. Diese soll vor allem medizinische Fragestellungen thematisieren. Nach der Sommerpause soll dann mit der Beratung von Gruppenanträgen im Bundestag begonnen werden. Da es sich letztlich um eine Gewissensentscheidung handelt, soll jeder Abgeordnete die ethischen Grundfragen für sich selbst beantworten. (ms)

Foto: picture alliance / dpa-zentralbild

Die CSU-Landesgruppe hat über das Thema Sterbehilfe diskutiert. Klar ist: kommerziellen Handel mit dem Tod darf es nicht geben.

Diese Woche

Bundeshaushalt 2014
Keine neue Schulden mehr 1

Landesgruppenoffene Sitzung zum Thema „Sterbehilfe“
Dem kommerziellen Handel mit dem Tod Einhalt gebieten 2

Bundestags-ABC
Was ist eigentlich... Fraktionsdisziplin? 2

Im Gespräch mit Dr. Hans-Peter Friedrich
Mehr Macht für die Kommission wäre dramatischer Irrweg 3

Bürgertelefon am 6. Mai
Offenes Ohr für Bürger 3

Verkehr und Infrastruktur
Höchste Investitionen 4

Eckpunktepapier Zwangsprostitution
Flatrate-Sex verbieten 4

Entwicklungshilfe
Hoher Stellenwert 4

Bundeswehr-Einsätze
Starkes Signal für Abrüstung 4

Landwirtschaft
Gut für die Landwirte 4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteure: Christina Harbusch
Maximilian Schiele (ms)
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist eigentlich... Fraktionsdisziplin?

Hätten Sie es gewusst? Wir bringen Licht in das Dunkel aus Polit-Phrasen, Verwaltungs-Deutsch und Abkürzungen im Bundestags-ABC.

Foto: picture alliance/dpa

Was hält eine Fußballelf auf dem Feld zusammen? Mannschaftsgeist!

Jeder Abgeordnete des Bundestages ist Mitglied einer Fraktion. Damit stimmen seine politischen Ansichten grundsätzlich mit der Linie der Fraktion überein. Aber natürlich ist man auch nicht immer einer Meinung. Mitglieder des Bundestages sind laut Artikel 38 des Grundgesetzes nur ihrem Gewissen verpflichtet, deshalb können sie jederzeit anders denken und abstimmen, als ihre Fraktion es sich vielleicht wünscht. Einen rechtlichen Fraktionszwang gibt es daher nicht. Dennoch versuchen die Fraktionen im Vorfeld von Abstimmungen, eine einheitliche Linie zu erarbeiten. Hierfür gibt es wichtige Gründe: Ohne eine gewisse Fraktionsdisziplin wäre das parlamentarische Geschehen oft unberechenbar. Das könnte sogar die Stabilität einer Regierung gefährden und damit zu flatterhaften Verhältnissen in ganz Deutschland führen. Also wird in den Fraktionen vorab intensiv über die einheitliche Linie diskutiert. Am Ende wird das Ergebnis der Diskussion meist von allen Abgeordneten mitgetragen. Doch auch hier gibt es Ausnahmen. Vor allem wenn es um ethische Grenzfragen des Lebens geht, wäre es unzumutbar, eine Entscheidung mitzutragen, von der man nicht vollkommen überzeugt ist. Dann entscheiden die Bundestagsabgeordneten unabhängig von ihrer Fraktion. In der Vergangenheit ist dies mehrfach in Debatten passiert, in denen es um die Ethik der Biomedizin ging. So auch bei der Frage, wie schützenswert menschliche Embryonen sind.

Im Gespräch mit Dr. Hans-Peter Friedrich

Mehr Macht für die Kommission wäre dramatischer Irrweg

Seit knapp zwei Monaten ist Dr. Hans-Peter Friedrich stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion mit dem Themenschwerpunkt Europa. Wir sprachen mit ihm über den Wahlausgang in Ungarn, die Krise auf der Krim und über eine mögliche Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union.

Wie gefällt Ihnen Ihre neue Aufgabe in der Unionsfraktion?

Sehr gut. Europa hat mich seit jeher fasziniert. Die Herausforderung und das eigentliche Ziel lauten: bei aller europäischen Vielfalt – in den unterschiedlichen Sprachen, der unterschiedlichen Geschichte – eine gemeinsame Politik für Europa zu formulieren, auf der Grundlage einer christlichen Werteordnung. Außerdem teilen die europäischen Staaten wirtschaftliche und gemeinsame geostrategische Interessen. Ich bin davon überzeugt, dass vom Gelingen eines gemeinsamen Europas das Schicksal unseres ganzen Kontinents abhängt.

Müssen die europäischen Institutionen gestärkt werden?

Mehr Zentralismus und mehr Macht für die Kommission wäre ein dramatischer Irrweg. Nur weil die Griechen sich mit falschen Zahlen in den Euro gemogelt haben und weil einige Länder nicht ordentlich wirtschaften können, ist dies noch lange kein Grund, die nationalen Volksvertretungen aller EU-Staaten zu bevormunden. In Deutschland bestimmen vom Volk gewählte Vertreter über die Zukunft und nicht die Technokraten eines zentralistischen Beamten-Apparates. Unsere Freunde in der bürgerlichen Parteienfamilie in den übrigen europäischen Ländern sehen das übrigens genauso.

Viktor Orban hat die Wahlen in Ungarn gewonnen. Die Medien haben fast durchweg kritisch berichtet. Sie haben ihm „herzlich" gratuliert. Warum?

Ich freue mich, dass er als konservativer Politiker das Vertrauen der Bevölkerung mit einem beeindruckenden Ergebnis wieder gewonnen hat. Und die Kritik der keifenden Linken freut mich ganz besonders. Immer, wenn die Linke keift, haben wir alles richtig gemacht. Die Kritik am Wahlsystem in Ungarn ist im

Foto: CSU-Landesgruppe

Übrigen völlig unberechtigt. Wenn die Ungarn das britische Wahlsystem eingeführt hätten, hätten sie keine zwei-Drittel-Mehrheit, sondern eine Dreiviertel-Mehrheit. Und niemand kann behaupten, dass England, das Mutterland der Demokratie, nicht demokratisch wäre.

Die Krimkrise bestimmt derzeit die Außenpolitik. Wird Putin in die Ukraine einmarschieren?

Nein, das glaube ich nicht. Weder Russland noch die Nato haben ein Interesse an einer Eskalation. Aber es ist jetzt Aufgabe der europäischen Diplomatie, das gute Verhältnis zu Russland wieder herzustellen. Ich glaube, dass in der europäischen und russischen Außenpolitik Fehler gemacht wurden. Man hat viel zu lange zu sehr die eigenen Maßstäbe absolut gesetzt und sich nicht in die andere Seite hineinversetzt.

Sollte die Ukraine Mitglied der Europäischen Union werden?

Ich finde diese Diskussion abenteuerlich, weil sie zu einem völlig falschen Zeitpunkt kommt und überhaupt nicht in die politische Landschaft passt. Die EU hat sich in den vergangenen Jahren immer nur erweitert und nicht vertieft. Diesen Fehler dürfen wir nicht fortsetzen.

Zur Türkei: Was bedeutet das Abschalten von Twitter und Youtube für die demokratische Entwicklung des Landes?

Ich glaube, dass die Bevölkerung in den westlichen Teilen der Türkei sehr in Richtung Europa orientiert ist. Wie stark diese Kräfte auch politisch sind, ist nicht abzuschätzen. Was Erdogan derzeit tut, ist ein Rückschlag in der demokratischen Entwicklung der Türkei. Dies ist sehr bedauerlich, da die Türkei immer ein wichtiger ökonomischer und außenpolitischer Partner der Deutschen und der EU waren, und wir ein großes Interesse an einer stabilen und demokratischen Türkei haben. Wir sollten diese Türkei als Nachbarn in der EU an uns binden.

Kurze Frage zum Schluss: EU-Mitgliedschaft – ja oder nein?

Das kommt unter keinen Umständen in Frage - weder jetzt noch in Zukunft.

Bürgertelefon am 6. Mai

Foto: CSU-Landesgruppe

Offenes Ohr für Bürger

Unter diesem Motto richten die CSU-Bundestagsabgeordneten am Dienstag, den 6. Mai 2014, eine Telefon-Hotline ein. Geschaltet ist das Bürgertelefon in der Zeit zwischen 13-15 Uhr unter der Telefonnummer: **0800 / 091 55 22.** Die Anrufe sind gebührenfrei. Ziel dieser Telefon-Aktion ist es, die Anrufer über die Arbeit der CSU-Landesgruppe zu informieren.

Verkehr und Infrastruktur

Foto: Henning Schacht

Höchste Investitionen

Die Gesamtausgaben des größten Investitionshaushalts des Bundes, der im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unter Minister Alexander Dobrindt (CSU) angesiedelt ist, betragen 22,78 Milliarden Euro. Von den bis 2017 zur Stärkung der Verkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellten zusätzlichen 5 Milliarden Euro dienen 1,5 Milliarden Euro der Ausfinanzierung begonnener Vorhaben. Die Investitionen dieses Jahres steigen so auf 12,55 Milliarden Euro. „Erhalt geht vor Neubau", so Dobrindt. Für marode Brücken sei ein Sonderprogramm erforderlich. Er bekräftigte, dass Mautgebühren als Einnahmequelle ausgeweitet werden sollen.

Entwicklungshilfe

Foto: Dr. Gerd Müller

Hoher Stellenwert

Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller (CSU) kann in diesem Jahr 6,44 Milliarden Euro ausgeben, rund 147,4 Millionen Euro mehr als 2013. Der Minister sprach daher vom „höchsten Etat in der Geschichte" seines Hauses und vom „besonders hohen Stellenwert", den die Entwicklungspolitik unter dieser Bundesregierung habe. Es gelte, im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ökologische und soziale Standards durchzusetzen und mit Blick auf den Klimaschutz das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbauch zu entkoppeln.„Unbegrenzter Freihandel ist nicht unsere Vision, der Markt braucht Grenzen und Regeln", sagte Müller.

Landwirtschaft

Foto: Thomas Lother

Gut für die Landwirte

Insgesamt stehen dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft rund 5,3 Milliarden Euro zur Verfügung. Kernbestandteil ist die Sozialpolitik, die 70 Prozent der Mittel beansprucht. „Das sind 3,7 Milliarden Euro", so Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), die in die Alters-, Kranken- und Unfallversicherung für die Land- und Forstwirtschaft fließen. Mit einem Zuschlag von 62 Millionen Euro auf diesen Posten soll zudem die zu erwartende Sonderbelastung ausgeglichen werden. „Für mich ist das eine Gerechtigkeitsfrage, denn die Landwirte wären als einzige Bevölkerungsgruppe dadurch belastet worden", so Schmidt.

Eckpunktepapier Zwangsprostitution

Foto: picture alliance/dpa

Flatrate-Sex verbieten

Die Union will Frauen vor Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen, die Täter konsequenter bestrafen und Bordelle stärker regulieren. Dazu stellte die Unionsfraktion ein Eckpunktepapier vor. Bis zur Sommerpause will man sich mit dem Koalitionspartner auf die Grundzüge eines gemeinsamen Gesetzentwurfs verständigen. Das Maßnahmenpaket sieht eine Mindestaltersgrenze von 21 Jahren vor, eine Anmeldepflicht, regelmäßige Gesundheitsuntersuchungen und mehr Sozial- und Beratungsangebote. Zudem sollen menschenunwürdige Praktiken wie Flatrate-Angebote verboten werden. Der Justiziar der Fraktion, Hans-Peter Uhl, unterstrich die geplante Abschaffung des eingeschränkten Weisungsrechts. „Prostituierte müssen über Art und Umfang ihrer Sexualkontakte selbst entscheiden können. Dies gilt auch dann, wenn sie sich in einem Angestelltenverhältnis befinden", sagte Uhl. Ein Weisungsrecht des Mannes gegenüber der Frau sei ein „krasser Verstoß gegen unsere Werteordnung".

Bundeswehr-Einsätze

Foto: picture alliance/dpa

Starkes Signal für Abrüstung

Der Bundestag hat den Antrag der Bundesregierung beschlossen, die geplante Mission der Europäischen Union (EUFOR RCA) mit bis zu 80 Bundeswehrsoldaten logistisch zu unterstützen. Der verteidigungspolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Florian Hahn, wies darauf hin, dass in Zentralafrika „im Sinne eines vernetzten Ansatzes" auch viel mehr Unterstützung zur Verbesserung der Lage vonnöten sein werde. Außerdem machte der Bundestag den Weg frei für die Beteiligung einer deutschen Bundeswehr-Fregatte am maritimen Begleitschutz bei der Unschädlichmachung syrischer Chemiewaffen an Bord des US-Schiffs „Cape Ray". Es gelte, ein starkes Signal für weltweite Abrüstung zu senden, so die CSU-Verteidigungspolitikerin Julia Bartz. An die Linksfraktion gewandt sagte sie, es gebe keinen einzigen sachlichen Grund, der gegen den Einsatz der Bundeswehr an der Mission sprechen würde. Die Argumente der Linksfraktion seien Ablenkungsmanöver, so Bartz.